

# Die selbständigen und die betreuten Menschen

Zuletzt beim CSU-Parteitag am vergangenen Wochenende in München hatte der Soziologe Helmut Schelsky, Ordinarius in Bielefeld (unser Bild zeigt ihn mit Ludwig Erhard), Gelegenheit, seine Thesen über die Gefährdung der individuellen Freiheit vorzutragen. Wir veröffentlichen das Referat, weil seine Gedanken in den Unionsparteien immer mehr Anklang finden, im Wortlaut. Aus technischen Gründen erfolgt die Veröffentlichung in zwei Teilen. Das Manuskript stützt sich auf eine von der CSU veröffentlichte Mitschrift. Wir haben versucht, einige Unklarheiten, die im Trubel eines Parteitages leicht entstehen können, nach bestem Wissen zu korrigieren.

Meine Damen und Herren! Daß das Grundsätzliche, ja Theoretische heute in der Politik der Bundesrepublik wieder politisch wichtig geworden ist, ich glaube, das ist ein Stoßseufzer, den mancher gestandene Politiker viel auszustößen pflegt. Dabei ist in diesem Bereich natürlich auch eine Politik möglich, und ich hatte eigentlich meine Einleitung darauf eingestellt, Ihnen die Strategie oder strategischen Voraussetzungen einer Politik der Grundsatzprogramme einmal vorzuführen. Ich tue dies nicht, weil ich es sowieso als Zumutung ansehe, an einem Parteitag etwa eine Stunde über grundsätzliche Fragen zu sprechen. Ich habe es dafür heute in einer Zeitung, im „Handelsblatt“, veröffentlicht.

Aber einige Bemerkungen möchte ich dazu doch voraussetzen und hinzufügen, denn von dem aus wird mein Vortrag verständlicher. Die Grundsatzdiskussion, mehr noch die theoretischen Grundbesinnungen und Einsichten lassen sich meines Erachtens in Parteigremien und in Parteien überhaupt nicht am produktivsten führen, sondern sie gehören in den offenen, in den öffentlichen Raum der wissenschaftlichen, der politischen Meinungsbildung, also primär wahrscheinlich gar nicht in Grundsatzkommissionen, deren Programme nachher die Parteitage absegnen, sondern im Grunde genommen natürlich in Hochschulseminaren, in Forschungsstätten, in Fachzeitschriften, vor allem in die öffentliche Publizistik.

Ich glaube, gerade die Unionsparteien, die CDU und CSU, sollten diese Erfahrung aus ihrer eigenen Vergangenheit gelernt haben. Die christliche Soziallehre ist nicht in der Partei, sondern sie ist in Hochschulen, soziologischen, sozialwissenschaftlichen Zeitschriften und Jahrbüchern entwickelt worden, von päpstlichen Enzykliken ganz abzusehen. Aber die ökonomischen und soziologischen Lehren des Neoliberalismus sind eine keineswegs auf die Bundesrepublik beschränkt gewesene oder sich beschränkende wissenschaftliche Schule gewesen: Ihre politischen Exponenten wie Ludwig Erhard, Müller-Armack, Böhm, ja man könnte fast sogar Karl Schiller hinzufügen, wurzelten in ihrer

politischen Kraft jenseits von Parteischlüssen und Parteiprogrammen. Und ich glaube, daran müssen wir uns erinnern bei den Aufgaben, die jetzt wieder vor uns stehen.

Aber gerade weil diese, sagen wir einmal außerparteilichen Sinnproduzenten für die politischen Grundsatzentscheidungen in der Zukunft viel wichtiger sind, als manche Parteibeschlüsse, bin ich der Überzeugung, daß nicht etwa die Bundestagswahl vom November 1972 die entscheidende politische Niederlage der Unionsparteien war, sondern daß hier ein Grundsatzkampf bereits viel früher, woanders an Universitäten, an Hochschulen, an Forschungsinstituten, den Institutionen der Publizistik, der Massenmedien verloren worden ist, zum Teil auch da, wo die Unionsparteien noch die Regierung stellten. Ich sage ganz offen, daß ich es nun fast am Rande des politischen Schwachsinn habe, dies nur als „Bildungspolitik“ anzusehen.

Und eine letzte Einsicht vorher: Wirklich grundlegende theoretische Einsichten in der Politik, im Sozialen lassen sich niemals parteimonopolistisch abgrenzen. Dafür zwei Beispiele: Erstens ist der Neoliberalismus als wirtschaftliche, gesellschaftliche Ordnungsvorstellung in der Adenauer-Ära eigentlich ein Grundsatzprogramm der CDU/CSU oder auch der FDP gewesen. Oder ein neues Beispiel: Die neomarxistischen Grundsatzüberzeugungen überspringen doch heute ganz offensichtlich die partei- und organisationspolitischen Abgrenzungen zwischen Maoisten, Anarchisten, Kommunisten, Jungsozialisten, Jungdemokraten. Die Bruderzwiste der Linken können doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hier längst eine theoretische, ideologische Volksfront konstituiert hat. Diese gemeinsamen denkerischen Grundlagen sind auch praktisch politisch wichtig.

Ich will nicht weiter darauf eingehen. Jeder praktische Politiker wird wissen, daß hier die Frage der Koalitionen wohl entscheidend mit berührt wird. Ich möchte auf das Thema kommen, das zum Sachthema hier gewählt ist; die Frage nach dem Selbständigen, oder wie ich es im Gegensatz einmal formulieren

will, die Frage nach dem selbständigen und dem betreuten Menschen.

Ich glaube, daß diese Frage, ob der selbständige oder der betreute Mensch zum Ziel der Ordnungspolitik auf allen Gebieten gemacht wird, eine solche Alternative der geistigen politischen Zielsetzung ist, die für die Bundesrepublik im nächsten Jahrzehnt entscheidend sein wird. Das hat nichts zu tun mit dem Gegensatz von marxistischem Totalitarismus des Ostens zum demokratischen Gesellschaftssystem des Westens — läßt sich daraus jedenfalls nicht verkürzen —, sondern ich meine eine politische Entscheidung innerhalb der westlich demokratischen Systeme, die auf die Dauer wahrscheinlich weittragender sein wird als der veraltete Unterschied zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Ja, ich bin sogar überzeugt, daß mit dieser geistig politischen Grundsatzentscheidung im kommenden Jahrzehnt in Westdeutschland eine Strukturausänderung und eine Strukturumgestaltung vor sich geht, die von weltgeschichtlichem Einfluß sein wird, weil sie Modellwirkung haben wird.

Dabei setze ich voraus, daß Deutschland in dem Zeitraum nicht ernsthaft kriegerisch von außen bedroht wird und daß es gelingt, die hohe wirtschaftliche Produktivität zu erhalten; Voraussetzungen, die natürlich keineswegs ohne weiteres sicher sind, aber die ich, um den Gedanken einmal klar zu entwickeln, hier einmal voraussetze.

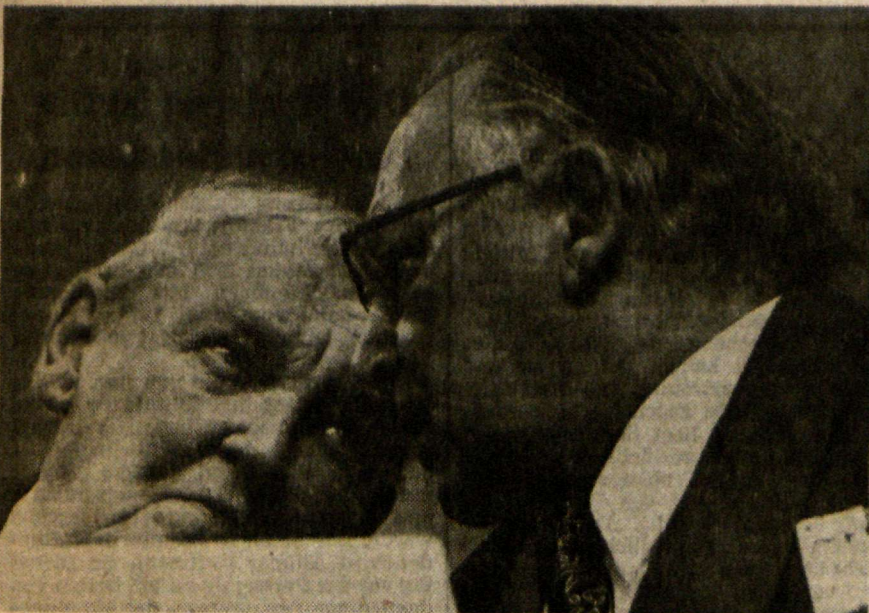
Ein jüngerer Soziologe, Karlheinz Messelken, hat kürzlich einmal die These vertreten, die Produktionsstrukturen moderner Industriegesellschaften führten polit-ökonomisch zur Bildung von zwei Interessengruppen, die in jeder modernen Industriegesellschaft um der Produktion willen notwendig sind. Er nennt diese beiden Gruppen natürlich mit Fremdwörtern, die Dispositiven auf der einen, die Exekutiven auf der anderen Seite.

Er sagt, die „dispositive Gruppe“ sieht sich im Beruf vor selbständigen Entscheidungen, versteht ihre Arbeit als individuelle Leistung, erhält dafür ein relativ hohes Einkommen und bildet individuelle Rücklagen für die Wechselfälle des Lebens. Diese Art der Lebensführung ist für sie der Ausdruck von Verantwortungsbewußtsein und Freiheit, und sie fordert als soziale Leistung des Staates, daß er diese Form der Lebensführung und Berufstätigkeit durch seine Politik öffentlich fördert.

Dagegen sehen sich die „Exekutiven“ in der Arbeit vor allem vor Aufgaben

gestellt, die normiert sind, die kaum individuell zu steigenden Leistungen zulassen; ihre Arbeit bringt daher kaum berufliches Prestige und meistens verhältnismäßig geringe Einkünfte. Sie müssen sich daher gegen die Wechselfälle des Lebens durch organisierte Sicherheit schützen und dieser Organisationszwang, inzwischen zur Staatsmacht geworden, macht die Daseinsfürsorge für die „Exekutiven“ dann auch zum vornehmsten Staatszweck.

Ich halte diesen Erklärungsansatz für durchaus fruchtbar. Der Autor ist übrigens der Meinung, die beiden Gruppen werden sich, im parlamentarischen System durch parlamentarische Voten im Gleichgewicht halten. Allerdings sieht er auch, daß die moderne Industriegesellschaft eine Tendenz hat zu immer größeren wirtschaftlichen und organisatorischen Produktionseinheiten und damit die Verbreiterung der Abhängigkeit immer mehr gefördert wird; die soziale Selbständigkeit damit immer mehr verringert wird. Er nennt das eine Tendenz zur Sozialdemokratisierung Westeuropas etwas im schwedischen Sinne. Nun, soziale Gesetzlichkeiten von Sozialwissenschaftlern erkannt, haben die Eigenschaft, daß sie nicht einzutreffen brauchen. Daß man sie verstärken, aber daß man sie Gott sei Dank politisch auch widerlegen kann. Und hier möchte ich mit meinen Thesen einsetzen.



oder Rahmenpläne entwerfende Pädagoge in einer Front stehen, nämlich die Verunselbständigung des Menschen weiterreiben, mit welcher betreuenden ideologischen Programmatik oder Motiven das auch immer geschieht. Man muß das erkennen, um dagegen Programme entwickeln zu können. Dieses Problem ist früher unter anderem eben vielleicht schon gesehen worden, Individuum, Kollektiv. Ich möchte darauf nicht eingehen.

Nach meinem Urteil greifen diese Begriffe nicht mehr. Es gibt kein freies Individuum ohne freie Institutionen. Auf der anderen Seite ist Solidarität eine hohe soziale Tugend, und es ist gar nicht leicht, sie abzugrenzen vom Kollektivismus. Solidarität ist die notwendige Lebenshilfe der sozial Schwachen. Aber, in der Moderne ist die kooperative Solidarität bald nicht mehr nur ein gemeinschaftliches Zueinander, nicht mehr nur Gruppenzusammenhalt und Gruppeneinordnung des einzelnen... Der Wohlfahrtsstaat als Schutz der sozial Schwachen wird dann unversehens sehr bald zum planstaatlich bürokratischen Vormundschaftsstaat und bleibt es.

Da kann man nur den Aphorismen zitierten: Alle Gewalt geht vom Volke aus und kommt niemals zurück. Genau wie überlebende personale Selbständigkeit in Herrschaft über andere ausarten kann (das war das Phänomen des überlebenden Privateigentums als Herrschaftsmacht), so schlägt die sozial hilflos gemeinte Betreuung der sozial Schwachen auf die Dauer in eine Herrschaft der Betreuer um, die dann ein politisches Eigeninteresse daran haben, die Betreuten materiell und vor allem in ihrem Selbstverständnis hilflos und hilfsbedürftig, also unselbständig zu erhalten.

Diese Herrschaft der Betreuer kann politisch in sehr verschiedenen Formen erscheinen: als Wohlfahrtsdiktatur, wie man Schweden bezeichnet hat, als Erziehungs- und Erziehungsdiktatur, als Herrschaft der Funktionäre, als Meinungsbeherrschung und -manipulation usw. Diese Formen der Betreuungsherrschaft ließen sich in der Bundesrepublik in Einzelheiten glänzend nachweisen. Aber ich möchte beim Grundsatz bleiben. Da sowohl Selbständigkeit wie Solidarität positive soziale Werte sind, kann es niemals in der Politik um ein Verhältnis des Entweder-Oder, des Sich-gegenseitig-Ausschließens gehen, sondern es geht um das situationsbedingte Vorziehen des Wertes, der dran ist.

## Sind diese linken Gruppen wirklich so uneigennützig?

In der Tat liegt die Entscheidung, die heute und für die nächsten Jahrzehnte in der Bundesrepublik ansteht, in der Frage, ob die Bewahrung der Freiheit der Person oder die Vervollkommenung der sozialen Gerechtigkeit, jeweils als wichtiger, als dringlicher angesehen werden muß. Kein vernünftiger Mensch, ich hätte bald gesagt auch kein Politiker und keine Partei, wird auf den Gedanken kommen, irgendeine Gesellschaftsordnung zu wollen, die personale Freiheit und soziale Gerechtigkeit als einander ausschließende Ziele verfolgt. Selbstverständlich will man stets beides. Aber nach meiner Erfahrung erscheint mir nichts schwieriger, als das politische Vorziehen von wichtigeren Zielen gegenüber augenblicklich weniger wichtigen — also die sogenannte Präferenz unserer Zielsetzungen — begreiflich zu machen...

Eine demokratische, das heißt ihre Herrschaftsposition auf Meinungszustimmung, auf Sinnvermittlung begründende Politik greift fast unmittelbar und unvermeidbar zu dem groben Raster der Entgegensetzung von Nur-Wert, Nur-Unwert, von schwarz und weiß, und zwar in der dementsprechenden, ich würde sagen zweiten Fälschung, nämlich der Behauptung, daß man alle Werte in gleicher Weise vollkommen verwirklichen kann; daß man also zum Beispiel soziale Gerechtigkeit und Freiheit der Person gleichzeitig optimal und ohne gegenseitige Einbuße politisch durchsetzen kann. Ich finde, es gehört zur politischen Ehrlichkeit, die die Intelligenz der Bundesbürger nicht demagogisch unterschätzt, eine undramatische, eine maßvolle Benennung der Alternativen, das heißt der politischen Zielgesetze, um die es im kommenden Jahrzehnt in der Bundesrepublik wirklich geht.

Es geht, wie ich glaube, nicht um die Herrschaft eines Kapitalismus, der nun in individualistischer Profitgier die Menschen ausbeutet, um die Herrschaft der Unternehmerpartei, um den kriegs-

treibenden Imperialismus auf der einen Seite, wie es unsere nach sozialer Gerechtigkeit schreienden Linken, intellektuellen Linken, darzustellen pflegen. Es geht aber auch nicht um die demnach durch die sozial-liberale Regierung zu verwirklichende marxistische planwirtschaftliche Sozialisierung unserer Wirtschaftssysteme, oder um die totalitäre Herrschaft einer marxistischen Ein-Partei. Ich glaube, dieses Dilemma wirkt nicht überzeugend. Die realistischen Fragen heißen: Hält man heute in der Bundesrepublik die soziale Gerechtigkeit für gefährdeter oder die freie Selbstbestimmung der Person? Nach welcher Seite ist die immer notwendige Balance des freiheitlichen Sozialstaates verschoben worden, und welches Gewicht muß man bei Wahlen verstärken: das der gerechten Verteilung des Sozialprodukts oder das der selbständigen Bestimmung des eigenen Lebens gegenüber bürokratischen und sonstigen sozialen Vormundschaften? Ist mehr Selbständigkeit oder mehr Betreuung erforderlich? Wobei das erste mehr persönliches Risiko, das zweite mehr obrigkeitliche vorgesetzte Reglementierung mit sich bringt.

Diese Grundsatzentscheidung ist keineswegs damit zu beantworten, daß nur eine Seite immer recht hat und die andere Seite immer unrecht. Aber es gehört zu den Aufgaben, jedem einzelnen in unserer Gesellschaft seine konkreten Interessen in diesen Entscheidungen klarzumachen. In allen anstehenden konkreten politischen Fragen — Berufsbildung, Bildungspolitik, Mitbestimmung, Vermögensbildung — läuft die Entscheidungslinie genau auf der Linie, ob man damit die Selbständigkeit und Selbstbestimmung möglichst vieler über ihr eigenes Lebensschicksal fördert, oder ob man eine höhere soziale Wohlfahrt und Sicherheit durch Einsetzung betreuender Herrschaftsgruppen erreichen kann und will.

Hier noch zwei Beispiele: Daß eine sogenannte Maklergruppe, die Spekula-

tion trieb in den Städten, beseitigt werden müßte, darüber waren wir alle einig, daß man dann aber auf einem Parteitag der SPD beschließt, anstelle des ganzen Maklerberufes, wo es auch anständige selbständige Leute gibt, ein Gremium kommunaler Behörden einzusetzen, das natürlich zur Versorgung von Gesinnungsgenossen dienen kann, machte ganz offen, daß es hier eine Umfunktionierung in eine Betreuungs- und Funktionärsherrschaft als eigentliches Ziel gab.

Im übrigen ist das ähnlich in Hochschulen geschehen. Sicher gab es Abhängigkeiten von Assistenten, die Anonymität der Studenten, der sogenannten Ordinarien-Universität, sie waren zu beseitigen. Aber sehen Sie doch einmal genau nach: Sind denn die Assistenten, die Studenten als einzelne selbständige geworden? Im Gegenteil. Sie haben gegenüber der Gruppen- und Funktionsherrschaft der sogenannten Statusgruppen noch die Selbständigkeiten verloren, die sie in der sogenannten Ordinarien-Universität hatten.

Zu der verlangten Wahrhaftigkeit gehört also, daß man auf den Machtcharakter — auf die Herrschaftsgier der Betreuer — hinter diese Pläne hinweist. Es sind doch heute vor allem diejenigen, die ohne großes personales Existenzrisiko und mit großer persönlicher Selbständigkeit leben können (angefangen von den öffentlich ausgehaltenen Hochschullehrern, den Lehrern, den in öffentlichen Anstalten tätigen Journalisten bis hin zu den Schülern und Studenten), also ich würde sagen, zu den wahrscheinlich international freiesten Intellektuellen, die alles tun, um die Frage der sozialen Verteilungsgerechtigkeit hochzuspielen. Was ist hier eigentlich am Werk? Ich vermute manchmal, ein schlechtes Gewissen.

Sind diese Gruppen wirklich so uneigennützig sozial, wie sie tun? Oder sollte die demonstrative Ausbreitung des geborgten Elends aus aller Welt und die fast einer Gehirnwäsche gleichenden

Medienbetonung der sogenannten Randgruppen, also von Menschen, die immer betreut werden müssen, sollte also diese Dramaturgie der sozialen Ungerechtigkeit bei uns etwa nur dazu dienen, der weitaus größten Mehrzahl unserer Bevölkerung die Hilfs- und Betreuungsbedürftigkeit einzureden, um die wachsende Herrschaft der Betreuer, der Vormundschaftsgruppen zu begründen und zu verhärmeln?

Das sind die Fragen, die man im Sinne von Marktsoziologie, die die Linke gepachtet zu haben scheint, stellen muß. Nun werden Sie bemerkt haben, daß ich den Begriff „selbständig“ sehr anders verwende als bisher, wenn man von selbständigen Berufen sprach. Dafür gibt es gute Gründe und Gründe, die gerade die Unionsparteien angehen. Ich will einige aufzählen: Wenn man politisch von Selbständigen spricht, so wird damit zunächst ein berufsstatistisches, steuerpolitischer Begriff verstanden. Es werden die selbständige Handel- und Gewerbetreibenden, die Bauern, die freien Berufe, die Ärzte, Rechtsanwälte und ähnliche Einkommenssteuerpflichtige gemeint. Wir Soziologen nennen das den alten Mittelstand, und die Politiker sind nicht sehr weit davon entfernt, wenn sie von Mittelstandspolitik reden. Daß diese Berufsgruppe und die mit ihr verbundene Vorstellung der sozialen Selbständigkeit meines Erachtens zu deutlich und zu lange in den Zielvorstellungen der CDU und CSU an erster Stelle gestanden haben und daß, was viel wichtiger ist, daß die Vertreter dieser sozialen Gruppe des alten Mittelstandes in überproportionalen Ausmaß die Parteienarbeit und -organisation der vor allem lokalen Parteigremien bestimmten konnten (was übrigens auch früher bei der FDP der Fall war), das drängt diese Parteien mehr und mehr in eine sozialgruppenhafte Minderheitenrolle in ihrer Wählerrekrutierung. Ich habe in dieser Hinsicht einige soziologische Erhebungen gemacht. Ich weiß, was ich sage.

Vor allem aber schwindet in vielen Ortsbezirksvereinen das noch unbekümmert praktizierte politische Führungsrecht der alten Mittelstandsgruppe, oft Honoratioren genannt, und zwar schwindet es viel schneller, als die Parteiorganisation es merkt. Wenn also von innerer Parteireform an der Basis geredet wird, dann doch wohl in Richtung einer stärkeren Repräsentanz aller Sozialgruppen. Und dann wird man bald sehen, daß es gerade wegen der Vielzahl der dann auftauchenden Gruppeninteressen einer Neuformulierung der gemeinsamen politischen Nenner bedarf und dazu gehört m. E. ein umgedachter Begriff der Selbständigkeit.

Ich kann das Argument noch politisch aktueller bringen: die SPD hat im letzten Wahlkampf sich betont unter der Parole „die Partei der Arbeitnehmer“ herausgestellt. Und hat damit mehr ausgesprochen als ausgesprochen den Eindruck erzeugt, die CDU und CSU seien die Parteien der Arbeitgeber, der Kapitalisten oder zumindest der Selbständigen und nicht der Lohn- und Gehaltsempfänger. Auf diese Provokation ist von den Unionsparteien nach meinen Gefühlen in der Sache kaum überzeugend und eindrucksvoll, mindestens in überzeugenden und eindrucksvollen Geformeln geantwortet worden. Die Union hat sich sogar durch ihre allzu bereitwillig gebilligte propagandistische Unterstützung von Seiten der Unternehmer in das politische Feindbild der anderen Seite etwas eingeordnet.

Dabei ist der reale, der Wirklichkeitsgehalt dieser Formel natürlich minimal, ja ist im Grunde genommen eine Täuschung. Wir haben heute insgesamt 82 Prozent Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, 10 Prozent Selbständige mit den mithelfenden Angehörigen 18 Prozent, und wenn wir dann sehen, daß die zwei großen Blöcke praktisch gleich groß sind, dann wird wohl deutlich, daß dieses Kriterium in Realität gar nichts mehr entscheidet.

Aber welche sind denn die politischen und sozialen großen Interessenformeln,

wenn der Gegensatz von Arbeitnehmer und Arbeitgeber und der dahinstehende von Arbeiter und Bürger oder gar das alte zwiespältige Gespenst von Proletarier und Bourgeoisie nicht mehr realistisch zutreffen? Welche Grundsatzentscheidungen der modernen Gesellschaftsstruktur, Produktionsstruktur, sind denn dem entgegenzuhalten? Hier kann man nicht auf einen dritten Weg vage ausweichen. Diese Formeln ziehen die Unentschiedenen und die Konfliktvermeider an. Das bringt sicherlich Augenblickserfolge in Wahlen, das trägt aber nicht auf die Dauer.

Auch kann nach meinem Urteil, können die Unionsparteien als Volksparteien nicht einfach vom alten Mittelstand auf den neuen Mittelstand, auf die sozialen Aufsteiger als soziale Zielgruppe umsteigen, wie es ja die FDP zu nächst mit gewissem Erfolg getan hat. Denn damit würden die Unionsparteien auf die Dauer nur eine andere Minderheitsposition annehmen. Hier müssen neue realistische Interessensalternativen in Spiel gebracht werden. Hier muß in jeder Form die ganze Klassenideologie müssen auch die veralteten und akademischen Schichtbegriffe von Oberschicht, Mittelstand, Unterschicht einmal angegriffen und zugunsten neuer zukunftsträchtiger Entscheidungen und Begriffe über Bord geworfen werden.

Wenn Sie mich fragen, was dem Totalanspruch der SPD auf die Arbeitnehmer entgegenzuhalten wäre, so gibt es m. E. zum Beispiel schon zwei Parteien, ich meine jetzt große Gruppen, die fast alle umfassen, von Allgemeininteresse, die ihre politische Vertretung in der Bundesrepublik noch nicht im angemessenen Rahmen gefunden haben. Das ist zum Beispiel die Partei der Verbraucher, und das ist die Partei der Selbständigen in dem Sinne, wie ich es meine, und über diese zweite These möchte ich mich nun weiter verbreiten, obwohl es mich gereizt hätte, hier über die Partei der Verbraucher auch zu sprechen.

Wird fortgesetzt

## Als unsere Kinder starben, habt Ihr nicht gestreikt!

Chiles Ärzte haben, wie auch andere Gruppen des Mittelstandes, mit Streiks dazu beigetragen, das Land in ein Chaos zu stürzen, das dann die Militärs zum Vorwand für ihren Putsch nahmen. Lange vor dem Staatsstreich schrieben die Slumbewohner von Santiago den Ärzten folgenden Brief (veröffentlicht am 2. 11. 1972 in der Zeitung „Aurora de Chile“):

Ihr kennt uns gut. Wir sind die Patienten aus dem allgemeinen Wartesaal, wir sind die Patienten der Poliklinik der „poblacion“ (= Elendsquartier in Santiago de Chile, Red.), wir sind diejenigen, die vom Sozialversicherungsdienst behandelt werden. Wir sind die Armen Chiles, die die Statistiken für Unterrernährung, Kindersterblichkeit und vorzeitigen Tod füllen.

In diesen Tagen arbeitete man wohl in den Hospitälern. Das medizinische Personal und ein Teil von Euch versorgten die Krankenhäuser. Aber einige von Euch arbeiteten nicht. Einige von Euch waren im Streik.

Während einige von Euch streikten, waren wir alle in den Fabriken oder auf dem Feld, reparierten Eure Autos, bauten Kühlschränke für Euch, nähten die Kleider, die Eure Frauen in den Boutiquen der Oberstadt kauften. Wir bauten auch die Häuser, die Ihr beziehen wer-

det. Die Autos und Häuser sind teuer, die wir für Euch machen. Warum? Weil wir arm sind und sie nicht kaufen können. Wir machen die Dinge für Euch und nicht für uns. Was für eine eigenartige Gesellschaft!

Wir fragen uns, wer Ihr in Wirklichkeit eigentlich seid. Jahrelang haben wir den Acker besät und abgeerntet, Häuser gebaut und Autos konstruiert, Kleider genäht und Möbel gezimmert. Während wir verdreckt auf dem Feld schwitzten oder uns auf dem Bau schmutzig machten, habt Ihr Bücher gelesen, studiert und in Laboratorien experimentiert. Derweil haben wir für Eure Kleidung und Euer Essen gesorgt und Eure Häuser gebaut. Hätten wir das nicht gemacht, wärt Ihr vor Hunger umgekommen, hättet nackt herumlaufen oder auf dem Boden schlafen müssen. Oder aber Ihr hättet Euch eben auch dreckig machen müssen und schwitzen, um zu überleben.

Wir hatten nichts dagegen. Ihr konntet essen, Euch gut kleiden und Eure Wohnung beziehen, konntet studieren und Arzt werden. Wir konnten das nicht, weil wir für Euch produzierten.

Jetzt seid Ihr im Streik. Zusammen mit den großen Speiditeuren, zusammen mit den Großgrundbesitzern und den großen Industriellen, zusammen mit den Großkaufleuten, die wie Ihr nur zu gut wißt, die reichen Leute von Chile sind. In dieser Notsituation haben sich einige von Euch auf die Seite der Reichen gestellt.

Niemals haben wir gesehen, daß Ihr Euch auf die Seite der Armen gestellt habt, die Seite der Arbeiter, Landarbeiter und pobladores, auf die Seite derjenigen, die für Euch arbeiten. Dies sagen wir, weil Ihr niemals in Streik getreten seid, wenn unsere Babys zu Beginn des Sommers in den „poblaciones“ wie Fliegen wegstarben an den Folgen von Sommerdurchfall. Ihr habt niemals gestreikt für unsere Frauen, die mit 20 Jahren schon keine Zähne mehr im Mund haben. Niemals habt Ihr gestreikt wegen unserer Unterrernährung. Und Ihr konntet die sanitären Bedingungen,

unter denen wir leben. Zum Teufel, und ob Ihr sie konntet!

Niemals habt Ihr deswegen gestreikt. Mehr noch: wir denken daran, mit welcher geringen Schätzung Ihr uns behandelt habt. Kaum betreten wir den Behandlungsraum, habt Ihr uns schon geduzt, in diesem Ton, mit dem der Patron eines fundo seine Landarbeiter behandelt: „Mach schnell, nun leg Dich schon hin!“ Immer hat uns dieses Duzen irritiert, weil es nicht ein brüderliches Duzen von einem Arbeiter zum anderen war, sondern das hochmütige Duzen des Reichen gegenüber dem „Unterlegenen“.

Und wir dachten bei uns: „Weiß er denn nicht, daß das Essen, das ihm am Leben hilft, während seiner Studien in der Medizinischen Fakultät, von uns produziert worden ist?“

Das dachten wir, aber wir sagten es nicht, weil wir uns damals noch vor Leuten fürchteten, die vornehm reden; wir hatten Scheuklappen vor den feinen Herren, uns erschreckten die schönen Teppiche, die luxuriösen Häuser, die Direktorenbüros und alle solche Sachen. Es war uns nicht aufgegangen, daß wir dies alles ja mit unseren eigenen Hän-

den gemacht hatten. Es war uns nicht bewußt, daß diese studierten Herren, die so viel wissen, gleich wie wir geboren wurden, nackt und unwissend. Und es wäre uns gar nicht eingefallen, daß sie aus ihrer Unwissenheit und Nacktheit deshalb herausgekommen sind, weil wir sie bedienen, kleiden und verpflegen. Jetzt ist es uns aufgegangen.

Aber nicht nur das. Wir haben noch mehr erkannt: „Was würde geschehen, wenn wir nicht weiter produzieren würden, um die Zukunft des Arztes zu sichern?“

Habt Ihr einmal darüber nachgedacht, was dann geschehen würde?

Die Dinge in unserem Land haben sich verändert und sind weiter dabei, sich zu verändern. Die Armen aus der Stadt und vom Land werden nicht zulassen, daß diejenigen sich weigern, uns heute zu behandeln, für die wir gestern geschwitzt und geschuftet haben. Wir überließen Euch die Dinge, die wir produzierten, anstatt sie selbst zu verbrauchen. Aber wir gaben sie Euch nicht gratis. Wir gaben sie Euch, damit Ihr uns danach auch behandelt.

Einige von Euch haben uns betrogen. Aber nicht noch einmal! Keine Ausbeuter mehr, die uns schwitzen lassen, wie sie es wollen und uns hinterher die kalte Schulter zeigen. Keine Geschäftsmacher in Medizin mehr, sondern wahre Ärzte, keine Sammler von Geldscheinen mehr, sondern Sozialarbeiter, die bereit sind, dem Bienenkorb auch wieder zurückzugeben, was sie daraus entnommen haben.

Laßt uns die Säle der Universitäten mit unseren Söhnen, dem einfachen Volk füllen! Das Volk, das seine eigenen Schmerzen kennt und das lernt, sie zu lindern. Wir wollen die weißen Kittel der Studenten für die Söhne der Landarbeiter, der Arbeiter und pobladores. Raus aus dem Universitätsbereich mit den Ausbeutern und Geschäftsmachern der Medizin! Raus aus den Universitäten mit den Verächtern, den Undankbaren und Gefühlslosen!

Nur das kann eine gute Gesellschaft werden.

Und einige von Euch werden keinen Platz mehr darin haben.

Die Armen der Stadt und des Landes